

C·A·PANORAMA

des Centrums für angewandte Politikforschung (C·A·P)

Bertelsmann Forschungsgruppe Politik
 Forschungsgruppe Deutschland
 Forschungsgruppe Europa
 Forschungsgruppe Jugend und Europa
 Forschungsgruppe Zukunftsfragen

Deutschland-Trends

Reformpolitik über den Tag hinaus

Deutschland muss sich aus der Unbeweglichkeitsfalle befreien, in der die Republik derzeit gefangen ist. In dieser Einschätzung stimmten der Direktor des Centrums für angewandte Politikforschung (C·A·P), Professor Werner Weidenfeld, der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der FDP im Deutschen Bundestag, Carl-Ludwig Thiele, Andreas Helle aus dem



Arbeitsmarkt, Gesundheitspolitik, Rente – das Land muss generalüberholt werden, soll es denn navigierbar bleiben. Das Kolloquium „Geist & Zeit“ des C·A·P und der Philip Morris GmbH suchte Anfang Dezember letzten Jahres nach Lösungen, wie Deutschland wieder auf Kurs zu bringen ist. Foto: Hamburg Hafen Mkt.

Planungsstab des SPD-Parteivorstandes, Professor Karl-Rudolf Korte von der Universität Duisburg und Professor Stephen F. Szabo von der Johns Hopkins University in Washington überein. Auf Einladung des C·A·P und der Philip Morris GmbH diskutierten Vertreter aus Politik, Kultur, Wirtschaft, Wissenschaft und Medien Anfang Dezember in Berlin die gesellschaftspolitischen Trends, die die Zukunft der Republik prägen werden. Aufbauend auf den Analysen des von Professor Weidenfeld und Professor Korte herausgegebenen „Deutschland-Trendbuchs“ standen die demografischen und politisch-kulturellen Entwicklungen sowie die Kernthemen Sicherheit, Bildung und Arbeit im Zentrum der Debatte.

Einigkeit herrschte darüber, dass anstelle einer ambulanten Symptombehandlung dringender als je zuvor die Suche nach Lösungen für die strukturellen Probleme Deutschlands gefragt ist. Die derzeit deutlich vernehmbare Kritik am Umgang der Politik mit den Krisenerscheinungen speist sich stark aus dem Eindruck, dass bestenfalls Stückwerkreformen ohne erkennbares Gesamtkonzept versucht werden. Professor Korte stellte fest, dass sich Deutschland anders als in vorherigen Stillstandsphasen in einem



C·A·Prolog

Deutschland in der Unbeweglichkeitsfalle 2

C·A·Programm

Parteiendemokratie auf dem Prüfstand 4
 Vom Bürgerrecht zum Konsumentenrecht 4
 Für eine gemeinsame europäische Rüstungspolitik 5
 Deutschland und Amerika: der „Editors' Roundtable“ 6
 Zivilgesellschaft in Weißrussland 8
 Das deutsch-tschechische Verhältnis 9
 Summerschool „Human Rights Education“ 10
 Der Bürgerbeauftragte Södermann am C·A·P 11
 Webdossier zum Europäischen Konvent 12

C·A·Personalia

C·A·P-Fellowships 13

C·A·Publikationen

Neuerscheinungen 14+15

C·A·Postskriptum

Partizipation Jugendlicher an Europäischer Politik 16

C·A·Planung 16

Deutschland in der Unbeweglichkeitsfalle

Nach der Wahl ist vor der Wahl. Dieses Motto, so zeigt sich, blockiert weiterhin die Republik. Um Deutschland ist es dabei nicht gut bestellt: Die Staatsfinanzen sind im Keller, Politik- und Parteienverdross haben Konjunktur. Der Arbeitsmarkt gleicht einem Scherbenhaufen, das Gesundheitssystem einer Hydra, im Rentensystem kommt nun der demografische Wandel mit voller Wucht an. Die Kosten in unserer Gesellschaft steigen überall weiter.

Griesrämiges Jammern vermiest die Stimmung. Doch zeigt auch eine ganz nüchterne Bestandsaufnahme, dass Deutschland es sich seit zu vielen Jahren in der Unbeweglichkeitsfalle bequem gemacht hat: Im Land sind mehr als vier Millionen Menschen arbeitslos, während die Schattenwirtschaft wächst. Mit geschätzten 350 Milliarden Euro Umsatz im vergangenen Jahr machte sie 16,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts aus. Dies ist verglichen mit 1975, als Schwarzarbeit lediglich sechs Prozent ausmachte, ein gewaltiges Volumen – das höchste in der bundesdeutschen Geschichte. Etwa sieben Milliarden Euro flossen nach Angaben des Bundes der Steuerzahler am Fiskus und an den Sozialkassen vorbei. Die Menschen fliehen vor überbordenden Steuern und explodierenden Sozialausgaben. Für manche Handwerker und kleinere Unternehmen ist Schwarzarbeit kein harmloses „Kavaliersdelikt“ mehr, sondern blanke Notwendigkeit zur Überlebenssicherung. Die Zahl der Insolvenzen bei Personal- und Kapitalgesellschaften stieg 2002 um zehn Prozent an, was wohl nicht nur auf den Bereinigungseffekt der neuen Insolvenzordnung zurückzuführen ist. Das Geschehen am Aktienmarkt verdeutlicht die Stimmung: Nach einer Flut an Neuemissionen gleiche das „Going Public-Geschehen mittlerweile einem Rinnsal“, so der Bundesverband Deutscher Banken. Während 1999 und 2000 jeweils über 130 inländische Unternehmen an die Börse gingen, wagten 2002 nur noch fünf Firmen den Sprung auf das Parkett.

Gleichzeitig wird der Staat immer handlungsunfähiger. Die Gesamtverschuldung von Bund und Ländern macht 1,29 Billionen Euro aus. Der Schuldenzuwachs beträgt pro Sekunde annähernd zwei Euro, und alleine der Bund musste seine Nettokreditaufnahme 2002 um 13,5 auf insgesamt 34,6 Milliarden ausweiten. Es knirscht im sozialen Gefüge der deutschen Arbeitsgesellschaft. Das fein austarierte System von Gesellschafts- und Generationenvertrag steht insgesamt zur Disposition, doch die Politik, die kraftvoll steuern müsste, steht an vielen Fronten still. Und das wirtschaftliche Desaster wird zudem durch Schwächen bei der Bildung, bei der Repräsentation durch die traditionellen Parteien und in der Sicherheitspolitik flankiert. Die Schief lagen in Deutschland werfen Fragen nach einer umfassenden und nachhaltigen Führungsleistung im gesamten Lande auf. Der Befund, so zeigte auch das Forum „Geist & Zeit“ von Philip Morris und C·A·P kürzlich in Berlin, ist eindeutig, die Lage klar. Mit einiger Sorge machen wir deshalb mit diesem Thema auf.

Doch soll der Prolog nicht zu trostlos enden. Schon früher waren Lagen ernst, und Deutschland konnte sich durch energische Anstrengungen und Reformen aus Sackgassen und Fußangeln der Innen- und Außenpolitik befreien. Doch wird immer klarer, dass Deutschland nicht die punktuelle Intervention, sondern ein tragfähiges und ein in sich schlüssiges Gesamtkonzept für seine Zukunft braucht. So ist nicht nur der Staat, sondern es sind auch seine Bürger im Rahmen eines sich wandelnden politischen Bewusstseins gefordert. Nur im Zusammenwirken der staatlichen Stellen mit den Bürgern wird Deutschlands Zukunft gelingen.



Jürgen Turek
Geschäftsführer des C·A·P

Jürgen Turek

Fortsetzung von Seite 1

„Status quo minus“ befinde. Die Politik erschöpfe sich darin, einen gemischten „Warenhauskatalog“ anzubieten, statt wertgebunden und zielorientiert zu führen. Dabei trägt jeder gesellschaftliche Akteur eine Mitverantwortung für die Zustände, über die Viele sich derzeit lautstark empören. Carl-Ludwig Thiele rief dazu auf, eine verantwortliche Gesellschaft zu fördern, eine Kultur der Verantwortungsbereitschaft und Leistung zu gestalten, anstatt weiter leistungsfeindliche Anreizsysteme zu schaffen.

Eine zukunftsorientierte Entscheidungsfindung und -umsetzung hat neben einer Analyse der Ausgangslage auch bereits antizipierbare Entwicklungen zu berücksichtigen. Die Alterung der Gesellschaft und der sich verstärkende Bevölkerungsrückgang erfassen alle wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereiche und stellen diese vor erhebliche Herausforderungen. Letztlich wird die alternde Gesellschaft auch den politischen Willensbildungsprozess verändern: Die Innovationsbereitschaft einer überalterten Wählerschaft wird abnehmen. Andreas Helle regte an, angesichts der demografischen Entwicklung das zunehmend wichtig werdende Potenzial der über 55jährigen voll zu erschließen: Ältere Menschen nähmen Rollen in allen gesellschaftlichen Bereichen ein, auf die man nicht mehr verzichten könne – sei es im Erwerbsleben, der Familie oder bei ehrenamtlichen Tätigkeiten.

Die innere Unsicherheit und Orientierungslosigkeit der Republik machen sich auch in den Außenbeziehungen Deutschlands bemerkbar: Hier hat ein Bewusstseinswandel stattgefunden, der sich in einer eigenständigeren Definition deutscher Interessen ausdrückt. Professor Szabo bestätigte diese Wahrnehmung aus amerikanischer Perspektive anhand der gelockerten Sicherheitsbindung Deutschlands an die Vereinigten Staaten und anhand des Endes des jahrzehntealten deutsch-amerikanischen „special relationship“.

Wie kann vor dem Hintergrund der genannten Entwicklungen ein tragfähiges Konzept zur politischen Gestaltung der Zukunft Deutschlands aussehen? Professor Weidenfeld skizzierte die wesentlichen Aufgaben: Erstens müsse nach Strukturveränderungen gefragt werden, die vor allem im Hinblick auf die Globalisierung wirkungsvoll seien. Zweitens müssten die Themen Bildung und Sicherheit ins Zentrum der Aufmerksamkeit gerückt werden: Bildung müsse entsprechend ihrer Bedeutung als Erfolgsfaktor und Ressource der Zukunft gestaltet werden, ohne bestehende Ungleichheiten in der Gesellschaft zu verstärken. Sicherheit stehe heute in einem erweiterten Zusammenhang, der soziale, ökonomische, politische und normative Bedingungsfaktoren beinhalte. Es gehe um die Gestaltung von Maßnahmen, die Sicherheit garantierten, ohne dabei individuelle Freiheit und Eigenverantwortung zu beschneiden oder die Offenheit der Gesellschaft zu gefährden. Drittens sollten strukturelle Konsequenzen aus der politisch-kulturellen Grundstimmung gezogen werden. Auf einer solchen Basis könne die Politik strategische Führungsqualität beweisen.

Die Kolloquien der Reihe „Geist & Zeit“ finden in Zusammenarbeit des Centrums für angewandte Politikforschung und der Philip Morris GmbH seit 1999 jährlich in Berlin statt.

Weitere Informationen unter www.cap.uni-muenchen.de/aktuell/news/2002/2002_12_geist_und_zeit.htm und bei Daniel von Hoyer, Tel. 089 – 2180 9080, E-Mail: d.vonhoyer@lrz.uni-muenchen.de.



Die demografischen, politischen und kulturellen Entwicklungen wandeln die Republik und die Gestaltungskonzepte. Der stellvertretende FDP-Fraktionsvorsitzende Carl-Ludwig Thiele, der Direktor des C·A·P, Professor Werner Weidenfeld, und Andreas Helle, Mitglied des Planungsstabs des SPD-Parteivorstands (v.l.n.r.).



Die Politik bietet einen gemischten Warenhauskatalog an, statt strategische Führungsqualität zu beweisen: Professor Karl-Rudolf Korte.

Parteiendemokratie auf dem Prüfstand

Historisches Auslaufmodell“, verkrustet und behäbig: Die Kritik an Parteien wird zunehmend lauter, während die Mitgliederzahlen der Parteien stetig abnehmen. In beinahe allen westlichen Staaten sind Krisensymptome der Parteiendemokratie auszumachen. Ob jedoch die Parteien selbst die Kraft haben, sich gegen ihre drohende Marginalisierung zu stemmen, war die zentrale Frage des „Deutschland-Dialogs der neuen Generation 2002“, zu dem die Forschungsgruppe Deutschland am C·A·P Vertreter aus Politik, Wirtschaft, Medien und Wissenschaft geladen hatte. Für das deutsche Parteiensystem bilanzierte der Münchner Politologe Professor Elmar Wiesendahl eine wachsende Abkopplung der Partieliten von der Basis. Dem Einwurf, die Parteien selbst würden zu wenig Anreize zur aktiven Mitarbeit bieten, stellte er die These einer „apathischen Gesellschaft“ entgegen, in der es den Bürger gar nicht mehr zur Partizipation dränge. Während Lars Colschen von der Forschungsgruppe Deutschland die Parteien selbst als Innovationsbremsen ausmachte, bezog Professor Werner Sesselmeier von der Universität Darmstadt den Bürger in die Kritik ein: Der „schizophrene Wähler“ erwarte von den Parteien einerseits Führung, strafe andererseits bei Wahlen denjenigen ab, der unbequeme Reformen vornehmen wolle.



Drängt es den Bürger überhaupt zu politischer Teilhabe? Professor Elmar Wiesendahl von der Universität der Bundeswehr in München und Manuala Glaab, Leiterin der Forschungsgruppe Deutschland am C·A·P.

Neue soziale Bewegungen wie das Bündnis der Globalisierungskritiker Attac brauchten Parteien nicht unbedingt als konkurrierende Willensbilder zu fürchten. Auch wenn diese Bewegungen ihre Anliegen an Parteien vorbei artikulierten, so könnten Parteien diese doch als „thematische und personelle Schöpfquellen“ ansehen, so der Frankfurter Politologe Ansgar Klein. Allerdings müssten sich Parteien wieder ihrer „Leuchtturm-Funktion“ bewusst werden und ihre Anliegen den Bürgern nicht nur besser vermitteln, sondern auch durch ihre Ziele überzeugen.

Weitere Informationen unter www.cap.uni-muenchen.de/aktuell/news/index.htm.

Vom Bürgerrecht zum Konsumentenrecht

Answellende Datenströme lassen große Sprünge in der Gentechnologie oder der Informationstechnologie erwarten – doch auf Privatsphären nehmen diese Datentransfers keine Rücksicht. Im Mittelpunkt des Bildes, das der Gründer und Gesellschafter des Hamburger Trendbüros, Professor Peter Wippermann, im November am C·A·P entwarf, stand der Verlust der Privatheit des Menschen. Etwa besitze der Pharmakonzern La Roche die Gendaten aller Isländer; das Eigentum an genetischen Informationen sei damit kein Grundrecht mehr. Drängende Fragen stellten sich nun: Hängen sozialpolitische oder medizinische Leistungen künftig von genetischen Informationen ab? Schaffen Gendatenbanken Gerechtigkeit in der Strafverfolgung? Privatsphäre werde so für ein Informationskonzept aufgegeben, in dem Sicherheit durch Technologie statt durch Gesetze realisiert werde. Doch dafür, dass sich das Bürgerrecht auf Privatsphäre zum Konsumentenrecht auf Dienstleistungen wandle, sei die Gesellschaft auch selbst verantwortlich. So würden zeitsparende Serviceangebote immer attraktiver: Bereits heute hielten es 60 Prozent der Deutschen für sinnvoll, wenn der Supermarkt nach Hause liefere, 25 Prozent fänden den Einkauf von Lebensmitteln im Internet nützlich, mehr als ein Drittel interessiere sich für den intelligenten Kühlschrank. Die eigentliche Revolution sei dabei das Angebot an maßgeschneiderten Dienstleistungen und Produkten: 78 Prozent der Konsumenten in den USA tauschten bereits heute persönliche Informationen gegen individuelle Angebote ein.



Die Gesellschaft gibt Privatsphäre für Sicherheit, maßgeschneiderte Dienstleistungen und maßgeschneiderte Produkte auf: Professor Peter Wippermann, Gründer und Gesellschafter des Hamburger Trendbüros.

Das Potenzial einer gemeinsamen Rüstungspolitik

Von Thomas Bauer

Obwohl der Vertrag von Nizza rüstungspolitische Kooperation ankündigt, besitzt die EU noch keine institutionellen Kapazitäten auf diesem Sektor. Europa sollte die sicherheitspolitische Zusammenarbeit jedoch zügig weiter umsetzen und als Ergänzung zu den Reaktionsinstrumentarien ein präventives Stabilisierungspotenzial entwickeln. Rüstungspolitik muss dabei als zentraler Bestandteil betrachtet werden, mit dem sich Außen- und Sicherheitspolitik aktiv gestalten lassen.

Rüstungspolitik erfüllt drei Funktionen: die Bündelung und Förderung hochtechnologischer, wettbewerbsfähiger Rüstungsunternehmen, die zentrale Auftragsvergabe und Beschaffung von Rüstungsgütern sowie die Verhandlung und Anpassung internationaler Rüstungsexport- und Rüstungskontrollrichtlinien. Zumeist werden diese Aspekte isoliert betrachtet, was sich in institutioneller Zersplitterung und doppelten Zuständigkeiten niederschlägt. Auch wird die Schaffung großer europäischer Rüstungskonsortien vor allem aus ökonomischer Sicht betrachtet. Die Sicherung von Entwicklungsvorsprüngen in Schlüsseltechnologien durch die Verschmelzung kleiner Firmen zu wettbewerbsfähigen europäischen Rüstungsunternehmen wird dabei von nationalen Souveränitätsansprüchen und wettbewerbspolitischen Bedenken der Europäischen Kommission überlagert. Die Folgen sind der Verlust von rüstungstechnischen Kapazitäten und die steigende Abhängigkeit Europas von amerikanischen Waffensystemen. Dadurch verliert die EU an sicherheitspolitischem Einfluss in der Weltpolitik – vor allem in Situationen, in denen EU und USA verschiedene Positionen vertreten.

Problematisch erweist sich das nationale Vorgehen bei der Rüstungsbeschaffung, wenn daraus doppelte Entwicklungskapazitäten entstehen. Eine zentrale europäische Rüstungsbehörde sollte die Belange einer europäischen Eingreiftruppe mit dem sicherheitspolitischen Anspruch Europas verknüpfen und multinationale Aufträge nach Prüfung von Kosteneffizienz und Interoperabilität im europäischen Rahmen vergeben. Dafür gilt es auch, den Konsolidierungsprozess in der europäischen Rüstungsindustrie voranzutreiben. Der weitere Verkauf von Waffensystemen an Nicht-EU-Staaten fördert den Vereinheitlichungsprozess mit Blick auf multinationale Einsätze. Die Vereinigten Staaten haben diesen Aspekt erkannt und intensivieren ihre Verkaufsbemühungen im europäischen Raum. Amerikanische Firmen werden dabei durch Washington unterstützt, indem parallel zu Verträgen über engere politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit Rüstungsgeschäfte verhandelt werden wie unlängst in Polen. Mittel- und osteuropäische Staaten werden dadurch an amerikanische Systemstandards und Ausbildungsstandards gebunden, was die Konvergenz- und Standardisierungsbemühungen in der erweiterten Europäischen Union behindert und gleichzeitig europäischen Rüstungsunternehmen den Zugang zum heimischen Markt erschwert.



Nationale Rüstungspolitik führt in Europa noch zu Dopplungen und Ressourcenverschwendungen. Der gemeinsame Militärtransporter A400M verspricht mehr Effizienz.
Abbildung: Airbus

Der Autor ist Mitarbeiter der Bertelsmann Forschungsgruppe Politik am C·A·P.

Deutschland und Amerika – ein Blick nach vorne

Dritter transatlantischer „Editors' Roundtable“ in Berlin

Der Irak, der Wahlkampf, transatlantische Irritationen – die deutsch-amerikanischen Beziehungen litten im Zuge der Bundestagswahl im September stark. Auch wenn der amerikanische Verteidigungsminister Rumsfeld vor dem Prager Nato-Gipfel das Verhältnis als „entgiftet“ bezeichnete, bleiben grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten doch bestehen. Die Herausforderungen beschränken sich nicht nur auf Fragen nach der Rechtfertigung und Durchführbarkeit eines Angriffes auf den

Irak. Für die deutsche Außenpolitik geht es vor allem darum, welche Rolle die Bundesrepublik Deutschland international spielen will und inwieweit diese Rolle von den Bürgern akzeptiert und unterstützt wird.

Mitte September trafen sich auf Einladung des C·A·P und der Zeitschrift „Internationale Politik“ Herausgeber und Chefredakteure der einflussreichsten amerikanischen und europäischen Fachjournale für Außenpolitik bei der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) in Berlin. Vertreten waren unter anderem „Foreign Affairs“, „Foreign Policy“, „The National Interest“, „International Affairs“, „The International Spectator“, „The World

Policy Journal“, „The Washington Quarterly“ und die „Internationale Politik“. Darüber hinaus nahmen verantwortliche Redakteure der größten über regionalen Tageszeitungen aus Deutschland an dem „Editors' Roundtable“ teil.

Der Perzeptionswandel von Deutschlands neuer Rolle in der Welt und das propagierte neue Selbstbewusstsein, so ein Resümee der Teilnehmer, wird von der Mehrheit der Bevölkerung nicht nachvollzogen. Folglich ist der damit verbundene neue Konsens, wonach sich die Bundesrepublik auch an internationalen Militärationen beteiligen kann, brüchig und kann entsprechend der innenpolitischen Wetterlage immer wieder in Frage gestellt werden. Die Bundesregierung steht demnach der Herausforderung gegenüber, einander widersprüchliche Erwartungen der internationalen Partner und der nationalen Wählerschaft zu erfüllen.

Das C·A·P veranstaltete den Runden Tisch zum dritten Mal im Rahmen des Projektes „Improving Responsiveness“. Wie auch bei früheren Veranstaltungen in London und Washington brachte das C·A·P wichtige Entscheidungsträger mit Vermittlern und Kommunikatoren von Außenpolitik zusammen. Der Roundtable fand mit Unterstützung des German Marshall Fund of the United States statt.

Die Ergebnisse der Veranstaltung sind im Internet unter www.cap.uni-muenchen.de/transatlantic/topics/editors3.htm veröffentlicht. Daneben bietet das transatlantische „Editors' Forum“ auf der C·A·P-Website (www.cap.uni-muenchen.de/transatlantic/editors/index.htm) Zugang zu den am „Improving Responsiveness“-Netzwerk teilnehmenden Fachmagazinen.

Weitere Informationen bei Wolfgang Bücherl, Tel. 089 - 2180 1320,



Vergiftet? Entgiftet? Die deutsch-amerikanischen Beziehungen sind belastet. Die Bundesregierung sieht sich mit widersprüchlichen Erwartungen der internationalen Partnerstaaten und der nationalen Wählerschaft konfrontiert. Foto: US Department of Defense

Starkes Amerika – schwaches Europa?

Europäer setzen auf Multilateralismus und die Geltung internationalen Rechts, weil ihnen die Mittel zur unilateralen und zur militärischen Machtumsetzung fehlen, so die These des amerikanischen Politikwissenschaftlers Robert Kagan in seinem viel zitierten Artikel „Power and Weakness“. Ist im Gegenschluss amerikanische Außenpolitik deshalb unilateralistisch ausgerichtet, weil die USA die Mittel besitzen, ihre Interessen überall in der Welt alleine und militärisch durchzusetzen? Stephen F. Szabo, Professor an der Johns Hopkins University in Washington und bis Ende letzten Jahres Fellow an der American Academy Berlin, erörterte bei einer Expertendiskussion am C·A·P Ende Oktober die Frage nach den Differenzen in den strategischen Kulturen Europas und der USA.

Im Gegensatz zu Kagan vertrat Szabo die Auffassung, dass die öffentliche Meinung in den USA tief gespalten sei hinsichtlich einer Invasion im Irak und der Anwendung militärischer Mittel generell. Was aus europäischer Sicht als amerikanisch wahrgenommen werde, sei nur ein Ausschnitt aus einem weiten Meinungsspektrum. Szabo befürchtete, die USA könnten letztlich zu viel Macht anhäufen, wenn ihre Verbündeten nicht ein Gegengewicht bildeten. Dazu gehöre, sowohl alternative Strategien als auch europäische außenpolitische und militärische Fähigkeiten zu entwickeln.

Nach Auffassung von C·A·P-Direktor Professor Werner Weidenfeld lassen sich die divergierenden strategischen Kulturen Europas und Amerikas vor allem durch das generelle Fehlen einer strategischen Kultur in Europa erklären. Weder auf nationaler noch auf europäischer Ebene gebe es nennenswerte Ansätze, welche einen Anknüpfungspunkt für eine transatlantische Debatte bilden könnten. Hinzu komme eine unterschiedliche Bedrohungswahrnehmung in Europa und den USA.

Weitere Informationen bei Wolfgang Bücherl, Tel. 089 – 2180 1320 und unter www.cap.uni-muenchen.de/aktuell/news/index.htm.

Sicherheit und Identität

Sicherheit ist kein fester Begriff – jeder Mensch versteht etwas anderes darunter und hat ein eigenes Sicherheitsbedürfnis. Im August beschäftigten sich mittel- und osteuropäische Studenten zwei Wochen lang in Gauting bei München mit Fragen der Sicherheit und Identität. Die Teilnehmer versuchten zunächst herauszufinden, welcher Zusammenhang zwischen Identität und Sicherheitsverständnis besteht. In einem von der Forschungsgruppe Jugend und Europa am C·A·P entwickelten Planspiel zur Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik wurden die gewonnenen Erkenntnisse umgesetzt: Die Studenten sollten militärische und zivile Antworten auf einen fiktiven Terroranschlag auf Europa finden. Bei der Auswertung diskutierten die Teilnehmer mit Jugendoffizieren der Bundeswehr über internationale Krisenbewältigung und Konfliktlösungswege. Im bayerischen Altstadt trainierten die Teilnehmer anschließend auf einem Übungsparcours aus dem Überlebenstraining der Bundeswehr, um ein persönliches Sicherheitsgefühl und die persönlichen Belastungsgrenzen zu erfahren.

Hauptziel des Workshops „Sicherheit und Identität“ war, gesellschaftspolitische Projektideen zu entwickeln. Die entworfenen Projekte reichen von einem Seminar über nationale Identitäten in einer erweiterten EU bis zur Förderung von Waisenkindern in Rumänien und Sibirien und werden für ein Jahr im Rahmen des Theodor-Heuss-Kollegs der Robert-Bosch-Stiftung finanziell unterstützt. Den Workshop in Gauting entwickelte die Forschungsgruppe ebenfalls in Kooperation mit dem Theodor-Heuss-Kolleg.

Weitere Informationen bei Eva Feldmann, E-Mail: feldmann@fgje.de.



Europa muss als Verbündeter der USA ein Gegengewicht aufbauen, damit Amerika nicht zu viel Macht anhäuft: Professor Stephen F. Szabo von der Johns Hopkins University.

Demokratie am Horizont

Stärkung der Zivilgesellschaft in Weißrussland



Die Kritik am Zerfall des Landes wird in Weißrussland lauter. In der Hauptstadt Minsk trifft sich regelmäßig die „Weißrussische Vereinigung Junger Politiker“ (rechts).

Zehn Jahre nach dem Zerfall der Sowjetunion stellt Weißrussland für Europa ein Problem dar. Mit der Osterweiterung erhält die Europäische Union in absehbarer Zeit einen riskanten Nachbarn. Der weißrussische Präsident Lukaschenko sichert seine Macht durch ein autokratisches Herrschaftssystem. Der Westen isoliert im Gegenzug Minsk. Umgekehrt ist für das offizielle Weißrussland auch Europa kein Partner. Stattdessen stellt Lukaschenko eine intensivere Zusammenarbeit etwa mit Vietnam oder sogenannten Schurkenstaaten wie dem Irak in Aussicht. Nachdem der russische Präsident Putin seine Bedingungen für eine russisch-weißrussische Union genannt hat, ist für Lukaschenko dieser Zusammenschluss keine Option mehr. Es wäre allerdings falsch, Weißrussland auf das Machtsystem Lukaschenkos zu reduzieren. Trotz aller Beschränkungen hat die Debatte über den Umbau im Land selbst längst begonnen. Während Lukaschenko hartnäckig an der Planwirtschaft festhält, analysieren Ökonomen kritisch den wirtschaftlichen Verfall des Systems und suchen nach neuen Orientierungsmöglichkeiten. Auch in der Bevölkerung gärt es. Meinungsumfragen unabhängiger Wissenschaftler zufolge ist die Zustimmung zum Präsidenten und seiner Politik dramatisch geschrumpft.



Der Westen sollte daher das demokratische Belarus wahrnehmen und gezielt mit einer „Akupunkturstrategie“ den demokratischen Wandel unterstützen. In Minsk befasst sich das C·A·P daher nicht nur mit einer Lageanalyse, sondern auch mit Möglichkeiten des Wandels und einer verbesserten Zusammenarbeit mit der EU. Gemeinsam mit weißrussischen Experten diskutiert das C·A·P Strategien für einen demokratischen und marktwirtschaftlichen Wandel. Erstaunlich ist dabei die Offenheit der Gesprächspartner. Sie beobachten aufmerksam den Verlauf der Transformationsprozesse in den Nachbarstaaten und das Verhalten der EU.

Klarheit besteht darüber, dass ein nachhaltiger Wandlungsprozess von unten beginnen muss. Ganz in diesem Sinne berät das C·A·P derzeit junge oppositionelle Entscheidungsträger in einem Kooperationsprojekt mit der unabhängigen „Weißrussischen Vereinigung Junger Politiker“. Ziel des Projektes ist, in einem mehrteiligen Workshopzyklus eine Lobby für die Bürgerrechte in Belarus zu schaffen sowie die weißrussische Zivilgesellschaft und ihr demokratisches Engagement vor Ort in Hinblick auf die bevorstehenden Lokalwahlen zu stärken. Die Veranstaltungsreihe wird im Rahmen des Förderprogramms „Belarus“ des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung durchgeführt. Durch gezielte Informationen, Gruppendiskussionen und den Einsatz von handlungsorientierten Methoden zur Vermittlung von demokratischem Bewusstsein und Partizipation eröffnet die Kooperation neue Lernräume. Während der zur Zeit in Minsk laufenden Seminarreihe stehen die Gestaltung von Wandlungsprozessen, der Aufbau von Koalitionen sowie die Rolle der Zivilgesellschaft im Mittelpunkt. Bisher erwiesen sich die Teilnehmer als außerordentlich interessiert und politisch engagiert, wobei immer wieder die Frage nach konkreten Möglichkeiten einer Anbindung an das demokratische Europa auftauchte.

Weitere Informationen bei Eva Feldmann, Tel. 089 – 2180 1345 oder Dr. Iris Kempe, Tel. 089 – 2180 1324.

Europäisch-israelischer Dialog

Seit den sechziger Jahren wächst in Israel die Enttäuschung über Europa. Seit Ausbruch der zweiten Intifada im Jahr 2000 wird die Kluft noch größer. Der Sicherheitsexperte der Universität Haifa, Dan Schueftan, nannte bei einem Treffen junger Europäer und Israelis die zweite Intifada neben dem Sechstagekrieg von 1967 und dem Jom-Kippur-Krieg von 1973 einen „Meilenstein der politischen Gegensätze zwischen Europa und Israel“. Die finanzielle Hilfe an die Palästinenser und die Tatsache, dass Europäer die Serie der Selbstmordanschläge nicht als gezielte Terrorstrategie der Palästinenser auffassten, wurde bei dem Treffen von israelischer Seite heftig kritisiert. Weiter wurde vorgeworfen, Europa käme seiner moralischen und historischen Verantwortung nicht nach. Die israelische Autorin und Historikerin Fania Oz-Salzberger betonte die moralische Dimension der europäisch-israelischen Beziehungen. Historische Erinnerungen, gemeinsames Erbe und moralische Verantwortung lägen den Beziehungen zu Grunde: „Europa hat uns geistig geformt und gebildet. Die Europäer betrachten uns Araber und Juden, Sephardim und Aschkenasim, nun mit kühler Distanz. Aber wenn wir von Europa geprägt sind, so ist Europa zwangsläufig auch von uns geprägt.“

Im Rahmen des Projekts „Europäisch-Israelisches Netzwerk“ trafen sich im Oktober junge israelische und europäische Entscheidungsträger aus Wissenschaft, Politik und Medien für fünf Tage in Brüssel und Brügge. Ziel des Netzwerk-Projekts, das C·A·P und Bertelsmann Stiftung zusammen durchführen, ist die Förderung des europäisch-israelischen Dialogs, um das gegenseitige Vertrauen zu stärken. Projektpartner in Israel ist das Institut für Europäische Studien der Hebräischen Universität in Jerusalem. Weitere Informationen unter www.cap.uni-muenchen.de/aktuell/news/index.htm.

„Vorsichtige Freundschaft“ zwischen Deutschen und Tschechen

Die Deutsch-Tschechische Erklärung aus dem Jahr 1997 schien einen Aufbruch zu signalisieren: Das begangene Unrecht wurde anerkannt, doch sollte es die Beziehungen der Nachbarn künftig nicht mehr belasten. „Dennoch wirken diese historischen Bürden in der gegenseitigen Wahrnehmung von Tschechen und Deutschen fort“, stellte Vaclav Houzvicka, langjähriger Leiter der „Border Regions“-Forschungsstelle der Akademie der Wissenschaften der Tschechischen Republik, im Rahmen eines Vortrags über geschichtlich begründete Identitätsmuster der tschechischen Bevölkerung im November am C·A·P fest. Kristallisationspunkt der schwierigen Nachbarschaft sei nach wie vor das „München-Syndrom“ – die bittere Erfahrung des Münchner Abkommens von 1938 und seiner Folgen. Das Deutschlandbild in Tschechien schwanke zwischen Bewunderung und Abgrenzung. Allerdings seien negative Stereotype und Vorurteile auf beiden Seiten festzustellen. Der gegenwärtige Stand der Beziehungen sei daher bestenfalls als „vorsichtige Freundschaft“ zu charakterisieren. Die Neudefinition tschechischer Identität im europäischen Kontext werde hierdurch kompliziert. Auch auf deutscher Seite, so der Tenor der Diskussion, besteht eine historisch begründete unsichere Identität. Wie dies den Umgang mit den tschechischen Nachbarn erschwert, ist besonders in der bayerisch-böhmischen Grenzregion sichtbar. Weil nur auf Grundlage einer systematischen Ursachenerforschung die Entwicklung geeigneter Strategien für ein kooperatives Miteinander gelingen kann, sind gemeinsame Forschungsanstrengungen zur grenzregionalen Identität geplant.

Weitere Informationen bei Dr. Manuela Glaab, Tel. 089 – 2180 9040.



Israelis verstehen nicht, warum die EU Palästinenser finanziell unterstützt und die Selbstmordanschläge nicht als gezielte Terrorstrategie begreift. Junge Europäer und Israelis trafen sich Ende letzten Jahres in Brüssel, um sich über die Rolle Europas im Nahostkonflikt auszutauschen.



Deutschland und Tschechien müssen auf dem Weg zur gegenseitigen Annäherung noch Hürden überwinden. Vaclav Houzvicka (links) und Professor Werner Weidenfeld.

Summerschool „Human Rights Education“

Die Konzeption einer internationalen „Summerschool on Human Rights Education“ stand auf der Agenda einer Arbeitsgruppe von Experten und NGO-Partnern des Internationalen Netzwerkes „Erziehung zu Demokratie, Menschenrechten und Toleranz“, die im Oktober in Wien zusammentraf. Kooperationspartnern vor Ort waren das Boltzmann Institut für Menschenrechte und das European Monitoring Center on Racism and Xenophobia.



Modelle aus anderen Ländern kennenlernen: Die Mitglieder des Steering Committees vor den Entwürfen für die geplante „International Summerschool on Human Rights Education“.

Die geladenen Akteure der politischen Bildung aus zehn Ländern, die täglich Werte wie Demokratie, Menschenrechte und Toleranz im Umgang mit kultureller Vielfalt vermitteln, waren sich einig, dass vielerorts die Möglichkeit fehle, über den eigenen Tellerrand hinaus zu blicken und Modelle aus anderen Regionen und Ländern kennenzulernen. Eine thematische „Summerschool“ würde Praktikern nicht nur die Möglichkeit eröffnen, neue Bildungs- module zu erproben, Erfahrungen auszutauschen und

die eigenen Programme in internationalem Rahmen zu diskutieren, sondern zugleich die Gelegenheit zur Vernetzung und Planung von Kooperationsprojekten bieten. Diese Kombination würde die Brücke zwischen Theorie und Praxis schlagen und zur Qualitätssicherung der Programme beitragen. Das könnte der Startschuss für eine internationale Verständigung über Standards in der Menschenrechtsbildung sein.

Das Summerschool-Konzept setzt auf eine methodisch innovative Mischung aus Workshops, Teilnehmerforen, Expertenvorträgen und offenen kreativen Lernräumen. Die erste Summerschool soll demnächst als Pilotprojekt stattfinden und dann jedes Jahr an einem anderen Ort mit unterschiedlichen Partnern durchgeführt werden.

Interessierte Kooperationspartner wenden sich bitte an Dr. Viola Georgi, Tel. 089 - 2180 1334.

Präventionsmaßnahmen gegen Fremdenfeindlichkeit

Während Europa zusammenwächst und die Globalisierung an Bedeutung gewinnt, nehmen fremdenfeindliche Einstellungen und rechtsextreme Gewalt zu. Doch bleiben Versuche gesellschaftlicher Gegenwehr nicht aus. Dabei stellt sich die Frage nach der konkreten Wirksamkeit und nach möglichen Defiziten bestehender Maßnahmen gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Innerhalb des Projekts „Erfolgreiche Strategien gegen den Rechtsextremismus“ entwickelt das C·A·P Empfehlungen für die Einwanderungsgesellschaft und für Toleranz. Im Vordergrund steht dabei die Präventionsarbeit mit Kindern und Jugendlichen. Das Projekt findet in Kooperation mit der Bertelsmann Stiftung statt. Bei dem jüngsten Zusammentreffen der projektbegleitenden Expertenrunde wurden die drei Rechercheprojekte zu den Themen „Bildung für die Einwanderungsgesellschaft“, „Entwicklungs- und So-



Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus – die Expertenrunde entwickelt dagegen Konzepte.

zialisationsfaktoren für Toleranz“ und „Rechtsextremismus im Fernsehen“ präsentiert und diskutiert. Die Expertenrunde traf Ende Oktober im C·A·P zusammen. Das nächste Treffen findet in einem halben Jahr statt.

Weitere Informationen bei Britta Schellenberg, E-Mail: britta.schellenberg@lrz.uni-muenchen.de.

„Gute Verwaltung“ für „Gutes Regieren“

Die europäischen Institutionen seien besser als ihr Ruf, sagte der Europäische Bürgerbeauftragte Jacob Södermann bei einem Vortrag am C·A·P, das er anlässlich einer gemeinsamen Veranstaltung der Forschungsgruppe Deutschland mit dem Informationsbüro des Europäischen Parlaments besuchte. Dennoch erreichen zahlreiche Eingaben den Ombudsmann der EU, bei dem sich Unionsbürger beschweren können. Hauptkritikpunkte sind dabei die mangelnde Transparenz von Entscheidungen, die oftmals langwierigen Verfahren sowie die nicht selten verspäteten Zahlungen. Auch der Bürgerbeauftragte steht vor einer Herausforderung: Obwohl die Beschwerdemöglichkeit immer öfter in Anspruch genommen wird, ist Södermanns Amt weithin relativ unbekannt. Die Tradition eines Ombudsmanns ist nur in skandinavischen Ländern verankert, so dass vermehrte Anstrengungen notwendig sein werden, um seine Popularität zu erhöhen – zumal sich die EU demnächst erweitert. Kernanliegen des Bürgerbeauftragten ist zudem, Grundsätze einer „guten Verwaltung“ in einer künftigen EU-Verfassung zu normieren. Ein erster Schritt in diese Richtung wurde unternommen, indem ein entsprechender Artikel in die EU-Grundrechtecharta aufgenommen wurde. Zusätzlich hat der Ombudsmann einen Leitfaden zur „guten Verwaltung“ erarbeitet, der wertvolle, praxisnahe Anregungen zur Weiterentwicklung eines umfassenden Konzepts des „Guten Regierens“ – „Good Governance“ – leisten kann.



Trotz täglicher Kritik und Beschwerden: „Die europäischen Institutionen sind besser als ihr Ruf“. Der Europäische Bürgerbeauftragte Jacob Södermann. Foto: Europäische Kommission

Jugendpartizipation – gemeinsame Aufgabe für Gesellschaft und Politik

Das die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an der Politik eine Bereicherung darstellt, ist mittlerweile „Common sense“. Doch an entsprechenden Modellen zur Umsetzung dieser Partizipation fehlt es noch. Dies war Ausgangspunkt einer deutsch-niederländischen Fachtagung, zu der die Forschungsgruppe Jugend und Europa am C·A·P im November Verantwortliche aus der Jugendarbeit und Jugendpolitik eingeladen hatte. Im Vordergrund standen Kommunikation und Zusammenarbeit zwischen den Generationen und die Erarbeitung von Strategien und Projekten, um in Zukunft Partizipation über Generationengrenzen hinweg besser verwirklichen zu können. Die ehemalige Bundestagspräsidentin Professor Rita Süßmuth betonte, wie wichtig die Vermittlung notwendiger Schlüsselkompetenzen sei, um das bürgerschaftliche Engagement in der Demokratie zu stärken. Dabei seien die mündige Urteilskraft des Individuums, seine Entscheidungsfähigkeit und eine praktische Handlungsinitiative von herausragender Bedeutung. Um diese Voraussetzungen zu gewährleisten, komme der Bildung, insbesondere der Jugendbildung eine besondere Rolle zu. Anschließend wurde im Bayerischen Landtag und mit einem Vertreter des Münchner Stadtrats diskutiert, an welchen Schnittstellen zwischen Gesellschaft und Politik die Fähigkeiten junger Menschen besser genutzt werden können und welche politischen Weichenstellungen dafür sinnvoll und notwendig sind.

Die Veranstaltung wurde im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, dem niederländischen Ministerium für Volksgesundheit, Wohlfahrt und Sport und dem niederländischen Institut für Öffentlichkeit und Politik organisiert. Die Tagungsergebnisse erscheinen Anfang dieses Jahres in Form eines Readers.

Weitere Informationen bei Eva Feldmann, Tel. 089 – 2180 1345, E-Mail: feldmann@fgje.de.



Damit Jugendliche sich sinnvoll in Entscheidungsprozesse einbringen können, müssen sie über bestimmte Schlüsselkompetenzen verfügen. An der deutsch-niederländischen Fachtagung nahm auch die internationale Koordinatorin für Jugendpolitik beim niederländischen Wohlfahrtsministerium, Marise Hueber, teil (zweite v.r.).

Europa entwerfen – das Webdossier zum Europäischen Konvent

Kann Europa spannend sein? Offensichtlich ja – rund tausend Internet-Nutzer besuchen jeden Monat das Webdossier „EU-Konvent“ auf der C·A·P-Homepage. Neuestes Highlight ist eine chronologische Sammlung von 35 innovativen Verfassungsentwürfen von Wissenschaftlern und Politikern zur Fortentwicklung der Europäischen Union. Das Spektrum reicht vom „Vorentwurf des Verfassungsvertrags“ des Konventsvorsitzenden Valéry Giscard d'Estaing vom Oktober 2002 über den „Grundlagenvertrag für die Europäische Union“ der Europäischen Kommission vom Juli 2002 bis zum „Grundvertrag für die Europäische Union“ des C·A·P-Nutzer. Nutzer können die Originaltexte als PDF-Dokument herunterladen oder über Links ergänzende Informationen recherchieren. Neben diesem viel besuchten Dossier zum Konvent entwerfen die Experten des C·A·P und der Bertelsmann Stiftung ein monatliches „Spotlight“, um den Mitgliedern des Konvents Analysen und Diskussionsimpulse zur Verfügung zu stellen. Weiterhin kann der Online-Besucher – thematisch geordnet – zahlreiche Strategie-papiere, Reformvorschläge und Presseartikel des C·A·P recherchieren und direkt abrufen, etwa Vorschläge zu einer europäischen Finanzverfassung.



Europa bekommt eine neue Architektur. 35 mögliche Baupläne sind auf der Homepage des C·A·P abrufbar. Foto: Europäische Kommission

Das Webdossier ist in das Online-Forum „Futurum“ der Europäischen Union eingebunden, in dem Analysen und Positionen nicht-staatlicher Akteure ausgetauscht werden. Dieses virtuelle Netzwerk zeigt, dass das Internet ein effizientes Mittel sein kann, um eine europaweite öffentliche Diskussion zu führen. Optimistisch gestimmt sind auch die Homepage-Besucher: 63 Prozent der Nutzer glauben laut C·A·P-Online-Umfrage, dass der EU-Konvent ein Erfolg wird.

Das Webdossier zum EU-Konvent: www.cap.uni-muenchen.de/konvent/

Zweites Alumni-Treffen am C·A·P

Im November trafen sich zum zweiten Mal ehemalige sowie gegenwärtige Studenten und Mitarbeiter von Professor Werner Weidenfeld am Centrum für angewandte Politikforschung im Rahmen des Alumni-Netzwerkes des Hauses. Die regelmäßig, im Rhythmus von ein bis zwei Jahren stattfindenden Begegnungen dienen dem „Networking“ – dem Aufbau neuer sowie der Pflege alter Kontakte. Den Alumni-Treffen ist darüber hinaus eine Fachtagung zu aktuellen Fragen der angewandten Politikforschung angeschlossen. Die diesjährige Tagung stand unter dem Motto „Von der Politikberatung zur Politikvermittlung: Wissenschaft, Politik und Massenmedien“. Unter der Gesprächsleitung von C·A·P-Direktor Professor Werner Weidenfeld und des stellvertretenden Direktors Josef Janning diskutierten in diesem Jahr unter anderem Michael Garthe, Chefredakteur der Rheinpfalz, Eckart Gaddum, Auslandskorrespondent des ZDF in Paris, sowie der Duisburger Politikwissenschaftler Professor Karl-Rudolf Korte über das Verhältnis von Wissenschaft und praktischer Politik. Das erste Alumni-Treffen hatte Ende 2000 stattgefunden.



Ehemalige und Gegenwärtige in der Faber-Villa des C·A·P beim Networking.

Weitere Informationen unter www.cap.uni-muenchen.de/aktuell/news/index.htm.

C·A·P-Direktion beim spanischen König



Im Rahmen des ersten deutsch-spanischen Forums empfing König Juan Carlos von Spanien C·A·P-Direktor Werner Weidenfeld und den stellvertretenden C·A·P-Direktor Josef Janning. Themen der Gesprächsrunde von Spitzenvertretern aus Politik, Wirtschaft und Kultur waren die Weiterentwicklung der Europäischen Union und Perspektiven der Beziehungen zwischen der EU und Lateinamerika. Ein Strategiepapier des C·A·P und der Bertelsmann Stiftung bildete die Diskussionsgrundlage. Das Forum geht auf eine gemeinsame Initiative der Regierungen von Deutschland und Spanien zurück und wird künftig jährlich stattfinden. Zu Präsidenten des Forums wurden der spanische Wirtschaftsanwalt Bernardo Cremades und Gerd Schulte-Hillen, stellvertretender Vorsitzender des Präsidiums der Bertelsmann Stiftung, berufen. Am Rande des Forums berieten sich Weidenfeld und Janning mit der spanischen Außenministerin Ana de Palacio.

C·A·P-Fellow Professor Dr. Dr. Karl-Rudolf Korte erhielt vom nordrhein-westfälischen Ministerium für Wissenschaft einen Ruf an die Gerhard-Mercator-Universität Duisburg für das Fach Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt Politisches System der Bundesrepublik Deutschland. Das Institut in Duisburg ist die größte politikwissenschaftliche Einrichtung in Nordrhein-Westfalen.

Der stellvertretende Direktor des C·A·P, Josef Janning, wurde im November als neues Mitglied in den wissenschaftlichen Beirat der Fachzeitschrift „Internationale Politik“ aufgenommen.

Ende November diskutierte Josef Janning mit Studenten und Professoren der Renmin-Universität in Peking über die EU-Erweiterung und die Aufgaben des EU-Konvents. Janning ist Gastprofessor am dortigen Institute for European Studies.

Im Dezember referierte Dr. Reinhardt Rummel, Experte für Konfliktprävention bei der Stiftung Wissenschaft und Politik, am C·A·P über Erfahrungen mit dem „Conflict Prevention Network“.



Tauschten sich bei der Konferenz „Building a Wider Europe“ über ein Strategiepapier des C·A·P zur künftigen Nachbarschaftspolitik der Europäischen Union aus: C·A·P-Direktor Professor Werner Weidenfeld (links) und der litauische Außenminister Antanas Valionis. Die Bertelsmann Stiftung und das litauische Außenministerium führten die zweitägige Konferenz Ende November in Vilnius durch.



Der stellvertretende C·A·P-Direktor Josef Janning leitete die Fachtagung von etwa siebzig Experten und Vertretern der afghanischen Zivilgesellschaft am Vortag der Afghanistan-Konferenz auf dem Petersberg bei Bonn. An der Tagung über die demokratischen Grundlagen Afghanistans nahmen auch fünf Mitglieder der im Oktober von Staatspräsident Hamid Karsai einberufenen Verfassungskommission und Wim van Meurs, Transformationsexperte des C·A·P, teil.



Mitte Oktober verlieh Professor Werner Weidenfeld die ersten C·A·P-Fellowships an fünf herausragende und langjährige Partner des Centrums für angewandte Politikforschung. Geehrt wurden der Politikwissenschaftler und Deutschlandforscher Professor Karl-Rudolf Korte, der Leiter der Forschungsgruppe „Westlicher Balkan“ bei der Stiftung Wissenschaft und Politik, Dr. Franz-Lothar Altmann, der ehemalige Leiter des „Program for Strategic and International Security Studies“ am Graduate Institute of International Studies in Genf, Professor Curt Gasteyger, der Politikwissenschaftler und Transatlantik-Experte Professor Stephan Bierling und der israelische Politikwissenschaftler Professor Shlomo Avineri (v.l.n.r.).



WERNER WEIDENFELD / JÜRGEN TUREK:
Wie Zukunft entsteht. Größere
Risiken – weniger Sicherheit –
neue Chancen.

München 2002, ISBN 3-932425-
46-4, 240 Seiten, 24,90 Euro



WERNER WEIDENFELD / WOLFGANG
WESSELS (HRSG):

Jahrbuch der Europäischen
Integration 2001/2002.

Bonn 2002, ISBN 3-7713-0603-5,
544 Seiten, 45,50 Euro



OLAF HILLENBRAND / IRIS KEMPE
(HRSG):

Der schwerfällige Riese. Wie
Russland den Wandel
gestalten soll.

Gütersloh 2002, ISBN 3-89204-
643-3, 352 Seiten, 20 Euro

Wie Zukunft entsteht

Die Gleichzeitigkeit von Globalisierung, technologischen Innovationen und demographischem Wandel zeigt: Der Paradigmenwechsel von der Industriegesellschaft zur transnationalen Hochtechnologiegesellschaft deutet erhebliche soziale Diskontinuitäten in allen gesellschaftlichen Teilsystemen an. Der Übergang von der national und marktwirtschaftlich verfassten Industriegesellschaft in eine durch Globalität und Technologie geprägte Gesellschaft läßt ähnlich gravierende Umbrüche erkennen wie der Übergang von der Agrar- zur Industriegesellschaft im 19. Jahrhundert.

Die Autoren fragen nach den Konsequenzen dieser Entwicklung und bündeln die Entwicklungslinien einer vielfach separat und kontrovers geführten Diskussion in einem Gesamtansatz – der Zukunftsgesellschaft.

Mit welchen politischen Initiativen kann man diesen Herausforderungen begegnen? Die Autoren machen Vorschläge, wie der Wandel verträglich und aktiv gestaltet werden kann. Sie sprechen Empfehlungen aus, die das soziale Miteinander in und zwischen Gesellschaften auf der Grundlage veränderter „Geschäftsbedingungen“ aufs Neue zu einem tragfähigen Lebensraum verknüpfen.

Jahrbuch der Europäischen Integration

Das Jahrbuch der Europäischen Integration dokumentiert und bilanziert seit 1980 zeitnah und detailliert den europäischen Integrationsprozess. Entstanden ist eine einmalige Dokumentation der europäischen Zeitgeschichte. Das aktuelle „Jahrbuch der Europäischen Integration 2001/2002“ führt diese Tradition fort. In über siebzig Beiträgen zeichnen die Autoren in ihren jeweiligen Forschungsschwerpunkten die europapolitischen Ereignisse des vergangenen Jahres nach und informieren über die Arbeit der europäischen Institutionen, die Entwicklung der einzelnen Politikbereiche der EU, Europas Rolle in der Welt, den Stand der Erweiterung und über die Europapolitik in den Mitgliedstaaten und Beitrittskandidaten. Die Stichworte des diesjährigen Bandes werden durch die Terroranschläge des 11. September 2001 und die Verfassungsdebatte auf dem Weg zur Regierungskonferenz 2004 vorgegeben. Während William Wallace die großen Linien der Auswirkungen des Terrors auf das transatlantische Verhältnis bilanziert, finden sich die weniger sichtbaren Spuren in fast allen Beiträgen wieder. Die Reformvorschläge und Verfassungsinitiativen der Debatte um die Zukunft der EU werden aus unterschiedlichen Perspektiven aufgegriffen und geprüft.

Der schwerfällige Riese

Auf dem Weg zu Demokratie und Marktwirtschaft hat die russische Politik bereits eine beachtliche Strecke zurückgelegt. Das Ziel konnte sie jedoch noch nicht erreichen. Im zweiten Jahrzehnt nach dem Auseinanderbrechen der Sowjetunion stagniert die russische Transformationspolitik. Demokratische Verfahren sind noch nicht nachhaltig etabliert. Der Umbau der Ökonomie lahmt. Der Aufbau einer vitalen Zivilgesellschaft steckt in den Anfängen.

Die Autoren analysieren die zentralen Herausforderungen der russischen Transformation und erarbeiten strategische Hinweise für die weitere Gestaltung des Wandels. Um die gewachsene Stabilität Russlands in weitere Transformationsfortschritte umzuwandeln, stehen vor allem Möglichkeiten zur nachhaltigen Demokratisierung und zu zivilgesellschaftlichen Reformen im Mittelpunkt. Wirtschaftliche Reformen müssen auch jenseits der Rohstofforientierung des Landes greifen. In der Zusammenarbeit mit dem integrierten Europa liegt ein Schlüssel der russischen Modernisierungsaufgaben.

Profis hinter den Kulissen

Als am dritten Oktober 1990 Deutsche in Ost und West ihre wiedergewonnene staatliche Einheit feierten, war die öffentliche Meinung voll des überschwänglichen Lobes für die Leistung der politischen Spitzen. Der Erfolg des internationalen Prozesses zur deutschen Einheit wurde maßgeblich der intensiven Gipfeldiplomatie zwischen Bonn, Washington, London, Paris, Moskau, und Ost-Berlin zugeschrieben.

Die vorliegende Studie – Ergebnis eines langjährigen Projekts mit der Deutschen Forschungsgesellschaft (DFG) und zugleich 13. Band der Schriftenreihe der Forschungsgruppe Deutschland – zeigt hingegen anhand theoriegeleiteter Zeitzeugeninterviews, dass nicht den politischen Spitzen sondern vielmehr den außenpolitisch operierenden Bürokraten der beteiligten Staaten die maßgebliche Rolle im Einigungsprozess zukam. Als „Profis hinter den Kulissen“ zeichneten sie aufgrund ihres Expertenwissens nicht nur für die Detailabstimmungen verantwortlich, sondern trugen mit ihren unverzichtbaren zwischenstaatlichen Kommunikationskanälen auch maßgeblich zum Erfolg des „Zwei-plus-Vier“-Prozesses bei.

Regional Security in the Wake of the Collapse of the Soviet Union

Russland befindet sich im Wandel und ist gezwungen, sich eine neue Identität zu erarbeiten. Dieser Versuch schlägt sich auch in der Außenpolitik nieder. Die Studie verfolgt die russische Außenpolitik und die ihr zugrunde liegenden Strukturen in der Transformationsperiode, indem die unterschiedlichen Arten und Weisen des Auftretens des Landes in Konfliktregionen miteinander verglichen werden. Bei den herausgearbeiteten außenpolitischen Verhaltensmustern Russlands wird untersucht, ob diese Muster einem neuen außenpolitischen Verständnis geschuldet sind oder ob sie alten Mustern aus der Sowjetzeit entsprechen.

Die Autoren zeichnen neben den russischen Beziehungen zu den Ländern des Nahen Ostens auch die Beziehungen zum Westen nach und untersuchen dabei, inwiefern sich Russland von politischen und militärischen Denkstrukturen des Kalten Krieges gelöst hat. Es wird weiterhin dargestellt, ob und welche neuen Kräfte und Werte das Vakuum füllen konnten. Darüber hinaus stellt der Band in Frage, ob die Interessen Deutschlands und Westeuropas mit den Interessen Amerikas gegenüber Russland überhaupt deckungsgleich und in Einklang zu bringen sind. Schließlich wird die Fähigkeit Russlands, im Nahostkonflikt als ehrlicher Makler vermitteln zu können, hinterfragt.

Integrating the Balkans

Stand die Balkan-Konferenz 2001 noch unter dem Motto „Negotiating the Balkans“, so deutete die Konferenz vom Juli 2002 im Auswärtigen Amt bereits im Titel einen großen Fortschritt an: „Integrating the Balkans“ legte den Schwerpunkt auf Integration und nicht mehr auf Konfliktbewältigung. Auf der Tagesordnung standen vor allem regionale Kooperation und die Perspektive eines EU-Beitritts von Ländern der Region. Kontrovers diskutiert wurde die EU-Strategie einer „robusten Vermittlung“ während der Mazedonien-Krise und beim Belgrader Abkommen für eine neue Union zwischen Serbien und Montenegro. Im Abschlusspanel kritisierten Vertreter aus Balkanstaaten die mangelnde Kohärenz und Komplementarität der EU-Strategien für Südosteuropa, gerade angesichts des Spannungsfelds zwischen der Förderung regionaler Kooperation und der Aussicht auf einen EU-Beitritt. Der Tagungsbericht fasst die Ergebnisse der vier wichtigsten Diskussionsrunden und des Gesamtpanels zusammen und beinhaltet das aktualisierte Strategiepapier, das als Diskussionsgrundlage diente.



LARS C. COLSCHEN / DANIEL VON HOYER / MICHAEL WEIGL:
Profis hinter den Kulissen.
Bürokratische Regime im internationalen Prozess zur deutschen Einheit.
München 2002, ISBN 3-933456-22-3, 180 Seiten, 14,50 Euro



GABRIEL GORODETSKY / WERNER WEIDENFELD (HRSG.):
Regional Security in the Wake of the Collapse of the Soviet Union: Europe and the Middle East. Band 8 der Münchner Beiträge zur Europäischen Einigung.
München 2002, ISBN 3-7713-0612-4, 198 Seiten, 31,60 Euro



CENTRUM FÜR ANGEWANDTE POLITIKFORSCHUNG / BERTELSMANN STIFTUNG (HRSG.):
Conference Report of the Round Table „Integrating the Balkans. Regional Ownership, European Responsibilities“.
München und Gütersloh 2002, 33 Seiten, kostenlos

12. Februar

„Nato, the European Union and the Atlantic Community“. Konferenz am C·A·P, in Zusammenarbeit mit dem Münchner Generalkonsulat der Vereinigten Staaten.

28. Februar

„Reshaping Transatlantic Relations for the 21st Century: Scenarios for the Evolution of Transatlantic Relations in the Coming Decades“. Konferenz am C·A·P mit Gary Geipel, Direktor des Hudson Institute, und Franck Biancheri, Präsident von „TIESWeb“.

12. – 16. Mai

Jahreskonferenz des Internationalen Netzwerks „Erziehung zu Demokratie, Toleranz und Menschenrechten“ im Auswärtigen Amt in Berlin.

Gemeinsam mit seinen Partnern hat das C·A·P im letzten Jahr viel erreicht. Dies wünschen wir uns auch für 2003. Für heute bleibt, allen Partnern für die freundliche Kooperation, tatkräftige Hilfe und harte Mitarbeit herzlich zu danken. In diesem Sinne wünscht das C·A·P Ihnen allen ein gutes neues Jahr.

C·A·PANORAMA

erscheint drei bis vier Mal jährlich und wird herausgegeben vom
Centrum für angewandte Politikforschung (C·A·P)
Direktor: Prof. Dr. Dr. h.c. Werner Weidenfeld
Maria-Theresia-Straße 21
81675 München
Tel.: 089/2180-1300, Fax: 089/2180-1329
E-Mail: cap.office@lrz.uni-muenchen.de
www.cap.uni-muenchen.de
V.i.S.d.P.: Jürgen Turek
Redaktion und Layout: Dominik Müller-Russell
Schlussredaktion: Wolfgang Bücherl, Eva Feldmann, Roman Maruhn, Dominik Müller-Russell
Druck: Bartels&Wernitz Offset Druck, Friedenstr. 4, 81671 München

Die Beteiligung Jugendlicher an der Europäischen Politik

von Stefan Rappenglück

Seit knapp einem Jahr wird über die künftige Gestaltung der werdenden Europäischen Union debattiert. Die Erklärung von Laeken zur Zukunft der EU vom Dezember 2001 hat als wesentliche Reformziele die weitere Demokratisierung der Union und die Vermittlung des europäischen Projektes vor allem an die Jugend genannt. Mittlerweile liegen dem Europäischen Konvent erste Entwürfe für einen Verfassungsvertrag vor.

Das Weißbuch der Europäischen Kommission „Neuer Schwung für die Jugend Europas?“ vom November 2001 beschreibt erstmals systematisch die Situation und die Erwartungen europäischer Jugendlicher. Ein Grund für den Anstoß des breit angelegten Konsultationsprozesses war der Befund, dass in einer erweiterten EU 75 Millionen Jugendliche im Alter zwischen 15 und 25 Jahren ein Drittel der Wahlbevölkerung stellen werden, jedoch in den beschlussfassenden Gremien stark unterrepräsentiert sind. Aus der Analyse wurden mehrere Forderungen an die Jugendpolitik abgeleitet: Etwa sollen die Belange Jugendlicher in allen Politikbereichen berücksichtigt, jugendgerechte Informationen über Europa erstellt und Jugendliche an Entscheidungen beteiligt werden, die sie betreffen. Als wichtige jugendspezifische Themen werden Partizipation, Freiwilligenarbeit und Informationen und Wissen über Jugendliche genannt.

Der europäische Jugendministerrat hat in seiner Entschliebung vom Juni 2002 die Diskussionen um das Weißbuch aufgegriffen und die „Offene Methode der Koordinierung“ im Bereich der Jugendarbeit eingeführt. Diese sieht etwa eine Bestandsaufnahme für die wichtigen genannten Jugendthemen in den Mitgliedsstaaten vor. Die Kommission wird einen Bericht erstellen, der bewährte Praktiken und innovative Ansätze aus den Mitgliedsstaaten darlegt. Auf der Basis dieses Berichts wird die Kommission dem Jugendministerrat jugendpolitische Ziele und Orientierungen vorschlagen. Dann sind die Mitgliedsstaaten aufgefordert, die vom Rat beschlossenen Ziele umzusetzen.

Jugend ernsthaft zu beteiligen erfordert ein neues Bewusstsein der Politik und einen gewandelten Umgang mit europäischen Themen auf lokaler, nationaler und europäischer Ebene. Kinder und Jugendliche sollten als Träger von Rechten und als Experten in eigener Sache dort in den Gestaltungsprozess einbezogen werden, wo politische Entscheidungen junge Menschen tangieren und deren Zusammenleben mit Anderen beeinflussen. Jugendpolitik muss stärker koordiniert werden, da gemeinsame Antworten und Konzepte gefragt sind, die dem Integrationsprozess der Jugend in den Lebensraum EU Rechnung tragen. Die jugendpolitische Zusammenarbeit muss jungen Menschen die Chancen des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandels zugänglich machen, ihre soziale und politische Teilhabe an der europäischen Integration sicherstellen und die Rechte von Kindern und Jugendliche stärken.

Die aktuelle europäische Agenda ermöglicht zwar eine intensive Diskussion über die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen bei der Gestaltung ihrer Zukunft und über ihre konkreten Erwartungen an die Politik. Allerdings bleibt abzuwarten, wie weit diese Forderungen in die Praxis umgesetzt werden können. Denn abgesehen von politischen Vorbehalten erfordern die Vorschläge des Weißbuchs Haushaltsmittel, über deren Bereitstellung erst noch Einvernehmen erzielt werden muss.

Der Autor leitet die Forschungsgruppe Jugend und Europa am C·A·P.